

## Österreich

Das österreichische Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) verzeichnete im Berichtszeitraum eine steigende Anzahl radikalisierten Personen unter den muslimischen Immigranten der zweiten und dritten Generation und unter zum Islam konvertierten Personen.

Österreich verfügt über relativ umfassende gesetzliche Rahmenbedingungen für den Kampf gegen Terrorismus und Geldwäsche. Im Dezember brachte die Regierung einen Gesetzesentwurf ein, wonach die Teilnahme an Ausbildungscamps für Terroristen im Ausland oder an einem Terrorismustraining per Internet als Verbrechen gilt.

Im August bestätigte der Oberste Gerichtshof eine Gefängnisstrafe für ein junges Paar, das aufgrund von Ende des Jahres 2007 per Internet verbreiteter terroristischer Drohungen verurteilt worden war. Im Zusammenhang damit befand ein kanadisches Gericht im Oktober 2009 einen gebürtigen Marokkaner, der engen Kontakt zu dem Paar unterhalten hatte, für schuldig, 2007 Bombenattentate gegen die OPEC und UNO Gebäude sowie gegen deutsche Einrichtungen in Österreich und Deutschland geplant zu haben.

Es gibt geschätzte 4.000 Sympathisanten der türkischen PKK in Österreich. Einige der in Österreich ansässigen Türken unterstützten den türkischen Extremisten Metin Kaplan, der dafür eintritt, den türkischen Staat durch ein islamisches Regime zu ersetzen und darüber hinaus mit kriminellen Gewalttaten in Verbindung gebracht wird.

Österreich hält sich bei der Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung eng an die EU Politik und nahm aktiv am EU Clearinghouse Mechanismus teil, der Finanziers von Terroristen laut Resolution 1373 des UNO Sicherheitsrats kennzeichnet. Österreich kam zwar seiner Verpflichtung nach, die Vermögen gemäß den Resolutionen des UN Sicherheitsrates und den EU Clearinghouse Bestimmungen einzufrieren, initiierte aber selbst keine diesbezüglichen unabhängigen Aktionen. Das Parlament verabschiedete 2009 zwei relevante Gesetze. Das Amtshilfedurchführungsgesetz schafft eine neue Basis für die Abwicklung von Anfragen ausländischer Behörden bezüglich des Austauschs von Steuerinformationen. Demzufolge geben österreichischen Behörden Informationen über Steuerangelegenheiten weiter, darunter auch solche Daten, die vormals durch die Bestimmungen des Bankgeheimnisses blockiert waren. Das Gesetz über Zahlungsdienstleistungen integriert die Richtlinie 2007/64/EC des Europäischen Rates bezüglich Zahlungsdienstleistungen in das österreichische Gesetz und legt eine Lizenzanforderung für sogenannte Money Transmitter fest. Dies war zuvor im Bankgesetz für die entsprechenden Wirtschaftsunternehmen geregelt. Der von der Financial Action Task Force (FATF) erstellte Mutual Evaluation Report 2009, der die Einschätzung der FATF in Bezug auf Österreichs Regelwerk zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (Anti-Money Laundering and Counterterrorist Financing – AML/CTF) beinhaltet, stellt zwar fest, dass Österreich über ein umfassendes AML/CTF System verfügt, zog jedoch dessen effektive Umsetzung in Zweifel. Die österreichische Regierung reagierte darauf mit der Ankündigung zusätzlicher Gesetzesänderungen, um die österreichischen AML/CTF Standards in Einklang mit den 40+9 Empfehlungen der FATF zu bringen.

Das BVT beobachtete während des Berichtszeitraums weiterhin mehrere Wiener Moscheen, bei denen der Verdacht besteht, dass dort radikales Gedankengut gepredigt wird. Ebenso verfolgt die Behörde weiterhin die Aktivitäten der ägyptischen Bewegung des Islamischen Jihad, gewisser radikalisierten, zum Islam konvertierter Personen, und verdächtiger afghanischer und tschetschenischer Extremisten die als Asylsuchende nach Österreich gekommen sind.

In Österreich leben etwa 23.000 tschetschenische Flüchtlinge. Laut Informationen von anti-terror Experten operiert eine kleine tschetschenische Gruppe mit Basis in Wien als europäischer Arm der von Dokku Umarov geführten tschetschenischen Separatistenbewegung. Diese in Wien ansässige Gruppe wird verdächtigt, von der Gemeinschaft tschetschenischer Exilanten in Österreich Geld zu erpressen.

Ende 2008 berichteten österreichische und internationale Medien über eine mögliche Verbindung zwischen Österreich und den für die Attentate in Mumbai im November 2008 verantwortlichen Terroristen. Wie die indische Zeitung „Indian Express“ 2008 berichtete, war eine von einem der Terroristen verwendete Sim-Karte von einer Telekommunikationsgesellschaft in Wien ausgestellt worden. Eine österreichische Zeitung behauptete daraufhin, die Terroristen hätten über einen Voice-Over Internet Server in Wien kommuniziert.

Als nicht-permanentes Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen hatte Österreich den Vorsitz des Al-Kaida und Taliban Sanktionskomitees 1267 inne. In dieser Funktion war Österreich bestrebt, „das Schwergewicht auf die Einhaltung des Rechtsstaatsprinzips und der Menschenrechte in Bezug auf Terrorverdächtige“ zu legen.

Wien ist der Sitz des Büros für Suchtstoff- und Verbrechensbekämpfung der Vereinten Nationen (United Nations Office on Drugs and Crime - UNODC) und der mit ihm verbundenden Terrorismuspräventionseinheit (Terrorism Prevention Branch – TPB). Im Jahr 2009 betrug Österreichs Beitrag zur UNODC 825.000 U.S. Dollar. Im Oktober hielt Österreich, gemeinsam mit einigen anderen Nationen, einen zweitägigen Workshop in Wien über Zusammenarbeit beim Kampf gegen den Terrorismus ab, an dem Vertreter von 100 Ländern und 40 internationalen Organisationen und Einheiten der Vereinten Nationen teilnahmen. Österreich arbeitete mit dem UNODC und der EU bei der Errichtung von effektiveren Grenzkontrollübergängen an der afghanisch-iranischen Grenze zusammen.

Österreich beteiligte sich weiterhin am Salzburg Forum, einer Plattform für regelmäßige Treffen der Innenminister Österreichs, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Polens, Ungarns, Italiens, Rumäniens und Bulgariens zur Bekämpfung von Terrorismus und organisiertem Verbrechen in der Region. Ebenso arbeitete die österreichische Regierung während des Jahres daran, den Prümmer Vertrag voranzubringen und auszuweiten, der vorsieht, dass die sieben EU Unterzeichnerstaaten Informationen aus ihren Polizeidatenbanken austauschen. Der Vertrag, der den Austausch von Daten über DNA, Fingerabdrücke und Fahrzeuge beinhaltet, zielt auch darauf ab, Personen zu identifizieren, die terroristischer Aktivitäten verdächtigt werden.